

Die AfD ist eine Kriegspartei

„Ja zur hemmungslosen Aufrüstungspolitik“

Unverzichtbarer Bestandteil der aggressiven Politik der NATO ist das Ziel, daß alle Mitgliedsländer der NATO bis spätestens 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben. Dies würde für Deutschland nach einer Untersuchung der Stiftung Wissenschaft und Politik bis 2024 circa 80 Milliarden bedeuten, für die NATO angesichts des wahnsinnigen Aufrüstungskurses – besonders der USA unter Präsident Trump – mehr als eine Billion. Die sozialen Auswirkungen wären verheerend. Weitere Aggressionen gegen Rußland hätten eine starke materielle Rüstungsintensive Basis, ein großer Krieg wäre nicht auszuschließen.

Die AfD unterstützt programmatisch und durch ihr Abstimmungsverhalten diese Politik, ja sie ist gar nicht so weit von Trump entfernt, der die Zahl vier Prozent des BIP für Rüstung in die Diskussion gebracht hat. Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel forderte am 5. Juli 2017: „Deutschland muß deutlich mehr investieren in die Landesverteidigung. Und wir müssen unseren internationalen Verpflichtungen nachkommen, beispielsweise mindestens zwei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts jährlich in die Verteidigung zu investieren.“

Der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Rüdiger Lucassen forderte am 15. Mai eine Steigerung auf 70 Milliarden Euro bis 2025. Die AfD steht damit in prinzipieller Opposition zu dem Aufruf der Friedensbewegung „Abrüsten statt aufrüsten!“, der bisher schon über 70 000 Unterzeichner fand.

„Ja zu einer angriffsfähigen, auferüsteten Bundeswehr“

Wir erleben zur Zeit die stärkste Aufrüstung der Bundeswehr seit ihrer Gründung in den 50er Jahren. Sie wird mit modernsten Waffen für Interventionskriege und zum weiteren „Vormarsch nach Osten“ aus- und umgerüstet. Die europäische Militarisierung und die Schaffung eines eigenen deutschen/europäischen militärisch-industriellen Komplexes (MIK) ist Regierungspolitik. Dies findet die uneingeschränkte Unterstützung der AfD. Ja, ihr geht dieser Aufrüstungskurs nicht schnell und konsequent genug voran. Immer wieder plädiert sie für eine „starke Bundeswehr“. Im Leitantrag an den AfD-Parteitag 2015 wurde formuliert: Die Bundeswehr „muß eine gründliche, kriegs- und einsatzorientierte Ausbildung ermöglichen“.

Im Wahlprogramm 2017 zur Außen- und Sicherheitspolitik ist die Stärkung der Bundeswehr programmatisch festgeschrieben. „Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft. [...] Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, daß deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.“ In logischer Konsequenz fordert die AfD die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, die

undemokratische Zwangsverpflichtung junger Menschen zum Kriegsdienst. Nur in Ausnahmefällen soll Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen möglich sein. Ihr verteidigungspolitischer Sprecher Rüdiger Lucassen spricht sich für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und für die Aufstellung eines Reservistenkorps nach dem Vorbild der amerikanischen Nationalgarde



Friedens-Säule in Münster, 2018

Foto: r-mediabase.eu

aus, das auch im Rahmen der Amtshilfe im Inland eingesetzt werden kann. Die logische Konsequenz dieser Politik der inneren Militarisierung ist die demokratiefeindliche und gegen Streiks und Proteste gerichtete Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren, so unter anderem in einer kleinen Anfrage der Fraktion vom 16. Mai.

„Die Bundeswehr soll wieder Schule der Nation werden.“

„Der Auftrag der Bundeswehr ist Verpflichtung für jeden Staatsbürger“, heißt es im Programm der AfD, „die Bevölkerung soll sich mit ‚ihren Soldaten‘ und ‚ihrer Bundeswehr‘ identifizieren, das Bewußtsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt werden“. Die AfD unterstützt deshalb auch die Bundeswehrwerbung an Schulen und Bildungseinrichtungen.

Diese begeisternde Zustimmung zu einer Bundeswehr ohne „Weichlinge“ und „Weicheier“ (AfD-Formulierungen) läßt sich unschwer auch mit dem Personal der AfD erklären. Führende Vertreter kommen aus der Bundeswehr oder

dem MIK. Hier eine unvollständige Zusammenstellung ihrer Mitglieder im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages:

- Berengar Elsner von Gronow: Reserveoffizier der Marine; hat 2015 ein NSDAP-Gedicht über gefallene Wehrmachtssoldaten auf Facebook geteilt
- Jens Kestner: ehemaliger Oberfeldwebel
- Hans-Rüdiger Lucassen: ehemaliger Oberst im Generalstab, jetzt Geschäftsführer eines Rüstungsberatungsunternehmens, das unter anderem Geschäfte mit Saudi-Arabien macht
- Ralf Nolte: ehemaliger Berufssoldat; Nähe zu rechtsextremer Szene
- Gerold Otten: Major a. D., „Eurofighter Sales Director“ bei „Airbus Defence and Space“

„Ja zur Rüstungsforschung“

Die Erhöhung des Wehretats allein reicht der AfD nicht, sie fordert noch mehr finanzielle Mittel zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie, um die „wehrtechnischen Fähigkeiten“ zu entwickeln, „um in Schlüsseltechnologien unabhängig zu bleiben, mit der Weltspitze Schritt zu halten“. Anträge für ein Verbot von Rüstungsexporten und eine Beschränkung auf konventionelle Rüstung wurden abgelehnt. Die AfD will dagegen die Rüstungsforschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen intensivieren. In einem Flugblatt der „Jungen Alternative – Hochschulgruppe Kassel“ heißt es: „Die Forschungen der Rüstungsindustrie von heute stellen die Schlüsseltechnologien von morgen dar. Genaugenommen kann man das Militär und die Rüstungsindustrie auch als Technologiemotor Nummer 1 bezeichnen. Einem Verbot von Forschungsprojekten, deren Entwicklungen letztendlich auch in der Rüstungsindustrie Anwendung finden, ist deshalb eine klare Absage zu erteilen. Deshalb sprechen wir uns ausdrücklich gegen die Zivilklausel an der Universität Kassel aus.“

„Ja zu Killerdrohnen für die Bundeswehr“

Drohnen töten vor allem Zivilisten, sie sind völkerrechtswidrig und kostenintensiv. Die Anschaffung der bewaffnungsfähigen Drohnen für Deutschland kostet circa eine Milliarde Euro.

Die AfD-Fraktion verwies in der Bundestagsdebatte am 14. Juni darauf, daß es eine dringende Notwendigkeit für die Beschaffung bewaffneter Drohnen gäbe. Diese Hochwerttechnologie sei für die Erstellung des Luft-/Lagebildes erforderlich. Aus Sicht der AfD-Fraktion bestehe keine andere völkerrechtliche Einordnung im Vergleich zu bewaffneten Kampfflugzeugen. Zudem könnten durch den Einsatz einer Drohne Kollateralschäden reduziert werden. Georg Pazderski, Berliner AfD-Landesvorsitzender, Oberst a. D. und Mitglied des Deutschen Bundestages, forderte schon im April, es sollten – und zwar so schnell wie möglich – bewaffnete Drohnen angeschafft werden.

„Ja zu Auslandseinsätzen“

Die deutsche Beteiligung an Interventionskriegen ist ein Kennzeichen der neuen

imperialen Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands. Niemals Menschenrechte, immer aber ökonomische und geopolitische Interessen standen und stehen hinter diesen völkerrechtswidrigen Kriegsbeteiligungen. Die AfD lehnt diese nicht grundsätzlich ab. Sie stimmt Einsätzen der Bundeswehr im Ausland im Parlament zu. Variables Kriterium für diese Entscheidung sind sogenannte deutsche Interessen. Diese definiert die AfD voluntaristisch für sich entsprechend politischem Gusto.

Ihr verteidigungspolitischer Sprecher Rüdiger Lucassen befürwortet Auslandseinsätze, „wenn sie den deutschen sicherheitspolitischen Interessen dienen“. So stimmte die AfD im Deutschen Bundestag laut den Abstimmungsprotokollen unter anderem den Militäreinsätzen der NATO im Mittelmeer sowie in Somalia, Südsudan und Dafur zu.

In der Logik der nationalen Aufrüstungspolitik forderte Rüdiger Lucassen am 28. Juni im Bundestag, daß Deutschland die verteidigungs- und militärpolitische Führungsmacht in Europa sein müsse.

Die Militarisierung Europas – solange sie unter deutscher Hegemonie stattfindet (was mehr als Realität ist) – findet die Sympathie und Unterstützung der AfD.

Es riecht nach der alten NPD-Formel „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“, wohl aber für deutsche und europäische Profitinteressen. Die AfD ist nicht gegen die Institution Krieg, sondern promilitaristisch, die AfD will einen Militarismus in „alter Tradition“: Preußens, des kaiserlichen Deutschlands, der Reichswehr. Die historischen Konsequenzen dieses speziell deutschen Militarismus sind bekannt. Krieg ist für die AfD prinzipiell eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

NATO-Kritik ist abgeschafft

Die AfD trägt das zentrale Anliegen der NATO, die Erhöhung der Rüstungsetats auf zwei Prozent, aktiv mit. Sie unterstützt aber die NATO noch mehr und aktiver. Anträge gegen die NATO wurden auf Parteitage mehrfach abgelehnt. „Die NATO gehört zu Deutschland“, heißt es im Parteiprogramm der AfD. „AfD-Stellvertreter Alexander Gauland hält die Rufe einiger Parteifreunde nach einem Austritt aus der NATO für einen Irrweg. Die deutsche Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis sei unverzichtbar – auch damit bei den europäischen Nachbarn in bezug auf Deutschland kein ‚Gefühl von Bedrohung‘ entstehe, sagte Gauland“ (FAZ vom 10. 7.) Deutlicher kann das stärkste Militärbündnis nicht akzeptiert werden.

Rußland-Unterstützung ist ungläubwürdig

„Freundschaft mit Rußland“ tönt es aus der AfD. Diese AfD-Programmatik ist ungläubwürdig und heuchlerisch. Wer Freundschaft mit Rußland will, muß sich jeder Aufrüstung der Bundeswehr widersetzen, jede Ausweitung der NATO ablehnen, die Stationierung deutscher Truppen an der russischen Grenze abwenden.

Alles dieses tut die AfD nicht. Sie versucht sich nur an eine Stimmung in der Bevölkerung anzubiedern, die mit übergroßer

Mehrheit Freundschaft mit Rußland will, und diese Stimmung möglichst auf ihre militaristischen Mühlen zu lenken. Wer Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus propagiert, kann keine Freundschaft mit Rußland wollen. Diese basiert auf Partnerschaft und gegenseitiger Akzeptanz, auf Anerkennung des anderen als mir gleich und mit gleichen Interessen und Forderungen. Alles dies widerspricht der deutschen Überhöhung, die die AfD propagiert. Der Rassismus macht eine „Freundschaft mit Rußland“ unmöglich, es bleibt bestenfalls eine politische Kumpagnei reaktionärer Kräfte.

Wie die AfD auf der einen Seite „für Rußland“ und auf der anderen Seite „für die NATO“ sein kann, ist ein Geheimnis – oder eine bewußte Täuschung vieler Menschen, die wirklich freundschaftliche Beziehungen zu Rußland wollen.

Die Bedrohungslüge der AfD

Die größte Bedrohung sieht die AfD durch den „internationalen islamischen Terror“, der mit „allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln“ bekämpft werden müsse. Sie schürt die Angst vor dem Verlust einer von ihr definierten deutschen Identität. Der völkische Rassismus wird bei der AfD ersetzt durch die These der kulturellen Unvereinbarkeit der Völker. „Importierte kulturelle Strömungen“ betrachtet die AfD „als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“. Sie fordert daher, „die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur“ selbstbewußt zu verteidigen, dafür soll Deutschland aufgerüstet werden, technisch und ideologisch.

Fazit

Die AfD ist programmatisch und politisch eine Aufrüstungs- und Kriegspartei. Getrieben wird sie von einem Nationalismus und von völkischem Gedankengut, nach dem erneut „am deutschen Wesen die Welt genesen soll“. Dieser Nationalismus, der so viel Unheil hervorgebracht hat und mitverantwortlich ist für die größten deutschen politischen Verbrechen, soll erneuert, mehrheitsfähig und politikfähig gemacht werden. Dazu bedarf es auch

einer starken, kriegsfähigen und kriegswilligen Armee und einer entsprechend aufgehetzten Bevölkerung. Nationalismus beinhaltet zwangsläufig die Institution Krieg und schürt Feindbilder zur Rechtfertigung. Nationalismus und Rassismus haben ein ausschließendes Element, das zu Ausgrenzung, Haß und in der Konsequenz zu Krieg führt.

Die AfD unterscheidet sich in ihren kriegsbefürwortenden Positionen nicht von den inhaltlichen Positionen, der von ihr „Systemparteien“ genannten Parteien. Allein die Partei Die Linke steht in Programmatik und Praxis diesen Positionen unvereinbar gegenüber. Sie hat jegliche Aufrüstungsmaßnahmen und Kriegseinsätze im Deutschen Bundestag konsequent abgelehnt. Die AfD hingegen ist eine Ergänzung der Parteien, die Kriege befürworten, sie erweitert die schon bestehende „große Militarismus-Koalition“ in Berlin. Sie ist System!

Die AfD paßt sich sogar durch die Unterstützung der NATO in das historisch gewachsene, konstitutive Verhältnis deutscher transatlantischer Regierungspolitik an und ein.

Die AfD hat auch wegen ihrer Rüstungs- und Kriegspolitik nichts mit der Friedensbewegung zu tun. Sie kann deshalb auch nicht – wie manchmal zu hören oder zu lesen ist – in und von der Friedensbewegung ausgegrenzt werden.

Die AfD ist für Krieg und Aufrüstung. Das ist die prinzipiell andere Seite zur Friedensbewegung. Programmatische Inhalte der Friedensbewegung und die inhaltlichen Positionen der AfD stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber. Das bedeutet nicht, daß Mitglieder auch dieser Partei einzelne friedenspolitische Absichten und Vorstellungen verfolgen können. Sie stehen ggf. aber im Widerspruch zur Programmatik und Praxis der AfD.

Reiner Braun
Berlin

R. Braun ist stellv. Vorsitzender der Naturwissenschaftlerinitiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“, Co-Präsident des „Internationalen Friedensbüros“ (IPB), engagiert in den Kampagnen „Abrüsten statt aufrüsten!“ und „Stopp Air Base Ramstein!“



Beim Ostermarsch 2018 in Oldenburg. Gemeinsam gegen eine EU-Wehrmacht, gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus!
Fotos: Jochen Vogler/r-mediabase.eu